4. Jahrgang Nr. 268.

Einzelnummer 12 Mk.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 12.— Mk. Durch Austräger 60.— Mk. pro Woche. Durch die Post 30.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionssprechst.: 5—6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8337.

Freitag, 24. November 1922

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 Mk. Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 30.— Mk.

An die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes!

Genossen! In ernster Stunde wenden wir uns an Euch. Der gesamten Arbeiterschaft drohen schwere Gefahren. Das Stinneskapital hat die Kapitulation der Wirth-Regierung und die offizielle Proklamierung seines Programms erzwungen.

Ihr kennt dieses Programm. Die Soldschreiber des Unternehmertums haben es ja seit Wochen bei jeder Gelegenheit verkündet:

Beseitigung des Achtstundentages,
Einführung des Zehnstundentages,
Entlassungen zahlreicher Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Aufhebung der „Zwangswirtschaft", d. h. ungehinderter Wucher mit Getreide und Wohnungen.

Kein Wunder, daß die „Deutsche Tageszeitung" frohlockend ausruft: „Endlich ist das Programm da." Und in dieser Auffassung geht das gesamte Bürgertum mit der „Deutschen Tageszeitung" einig.

Diese Tatsache könnte die Arbeiterklasse kalt lassen. Die bekannte Auslassung der „Vossischen Zeitung" gilt auch heute noch, und im Hinblick auf das Stinnesprogramm erst recht:

„Gegen den Willen der Gewerkschaften kann sich keine Regierung auch nur einen Tag halten!"

In der Tat! Wäre die Arbeiterklasse geeint in dem Willen, den Achtstundentag gegen alle Anschläge, Ränke und Zettelungen des Bürgertums zu verteidigen, die Herren Bourgeois würden es nicht einmal wagen, die Aufhebung des Achtstundentages auch nur zu fordern. Es ist das Verhängnis der Arbeiterklasse, daß sie sich zum Teil noch Führer gefallen läßt, die in der Frage des Achtstundentages, wie in vielen anderen, auf der Seite des Bürgertums stehen.

Innerhalb der Arbeiterschaft gibt es in dieser Frage keinen Gegensatz. Zwar haben sich auch die Führer des ADGB. wiederholt feierlich für die „Unantastbarkeit" des Achtstundentages erklärt. Aber dieselben Führer haben auf Geheiß des Stinnes eine Kampagne für die Ueberschichten im Bergbau geführt, dieselben Führer erzählen jeden Tag den Arbeitern, daß nur Mehrarbeit sie retten könnte, dieselben Führer haben zugestimmt, als Regierung und Kapital den Eisenbahnern, den Landarbeitern und den Hausangestellten den Achtstundentag raubten, und dieselben Führer haben in der Zentral-Arbeitsgemeinschaft sich ausdrücklich für die Durchführung des Stinnesprogramms verpflichtet! Wohlgemerkt, für dasselbe Programm, das von der „Deutschen Tageszeitung" so jubelnd begrüßt wurde.

Genossen! Die Zustimmung der Gewerkschaftsführer zu dem Stinnesprogramm zeigt jedermann, daß diese Führer in dem großen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit auf der Seite des Bürgertums stehen. Deswegen steht es um die Sache der Arbeiterschaft so schlecht. Deswegen darf die Bourgeoisie hoffen, daß es ihr gelingen wird, die letzten Ueberbleibsel der Revolution und die Errungenschaften eines jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kampfes zu beseitigen.

Noch ist das Bürgertum seiner Sache nicht ganz sicher, noch fürchtet es, daß sich die Arbeiter über die Köpfe verräterischer Führer hinweg einigen und der Durchführung des Stinnesprogramms den äußersten Widerstand entgegensetzen. Mit Schrecken sieht die Bourgeoisie, daß trotz ADGB. und VSPD. die Betriebsrätebewegung immer weitere Kreise zieht. Daß das Bürgertum diese Bewegung mit allen Mitteln bekämpft, ist verständlich. Eine Schmach und eine Schande aber ist es für die Arbeiterklasse, daß zahlreiche sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer in dem Kampf gegen die Betriebsrätebewegung auf der Seite des Unternehmertums stehen. Derselbe ADGB., der das Stinnesprogramm lebensfähig macht, droht allen Teilnehmern an dem Betriebsrätekongreß den Ausschluß aus den Gewerkschaften an. Schon sind in Saarbrücken 6 Eisenbahner ausgeschlossen worden, schon ist es infolgedessen im Saargebiet zu einer Zersplitterung des Deutschen Eisenbahnerverbandes gekommen. Soll dasselbe Trauerspiel sich auch in anderen Gebieten Deutschlands, in anderen Verbänden wiederholen?

Genossen! Die Ereignisse seit August 1914 haben bewiesen, daß die ausschlaggebenden Führer der SPD., der Gewerkschaften zu jeder Zeit bereit sind, skrupellos die Interessen der Arbeiter auf dem Altar der Bourgeoisie zu opfern. Ein Narr, wer nicht sieht, daß diese Führer eben jetzt drauf und dran sind, die Gewerkschaften zu zerschlagen und den Achtstundentag zu begraben.

Im Kampf gegen die Betriebsräte vollzieht sich die Spaltung der Gewerkschaften.

In der Stimmungsmache für Mehrarbeit und für das Ueberschichtenabkommen und in der sklavischen Zustimmung zu dem Stinnesabkommen vollzieht sich die Erdrosselung des Achtstundentages.

Gewerkschaftsmitglieder! Ihr allein seid stark genug, um beides zu verhindern. Wenn Ihr wollt, und das, was Ihr wollt, mit aller Energie betreibt, dann ist keine Macht imstande, den Achtstundentag zu beseitigen und die Geschlossenheit Eurer Gewerkschaften zu zerstören.

Laßt Euch nicht durch eine raffinierte Kommunistenhetze von Euren Aufgaben ablenken!

Die Betriebsräte wollen nur das Beste für die Arbeiterklasse. Erreichen sie das nicht, so sind daran in erster Linie die Gewerkschaftsführer schuld. Wenn diese mit derselben Energie für die Betriebsrätebewegung eintreten würden, mit der sie gegen diese Bewegung arbeiten, es käme eine Massenbewegung von so unwiderstehlicher Wucht zustande, daß ihr niemand widerstehen könnte.

Ist die Einstellung der Gewerkschaftsbürokratie zu der Betriebsrätebewegung schon ein Skandal, so ist es ein himmelschreiendes Verbrechen, wenn die Gewerkschaftsbürokratie dazu übergehen sollte, die Teilnehmer an dem Reichsbetriebsrätekongreß auszuschließen, die Spaltung der Gewerkschaften auf diese Weise einzuleiten und die Einführung des Zehnstundentages zu begünstigen.

Gewerkschaftsmitglieder! Wir rufen Euch auf zu einmütiger Abwehr!

Duldet nicht, daß auch nur ein einziges Gewerkschaftsmitglied wegen Teilnahme an der Betriebsrätebewegung ausgeschlossen wird.

Duldet nicht, daß der Achtstundentag beseitigt und der Zehnstundentag eingeführt wird.

Duldet nicht, daß Eure Führer offen oder versteckt mit den Kapitalisten oder den kapitalistischen Parteien paktieren und Eure Interessen opfern.

Säubert Eure Organisationen von allem, was morsch und rostig ist.

Hinweg mit allen Führern, die statt Eure Interessen zu vertreten, dem Bürgertum Handlangerdienste leisten!

Millionenfach muß der Ruf erschallen:

Hände weg vom Achtstundentag!
Hände weg von der Geschlossenheit der Gewerkschaften!
Es lebe der Klassenkampf!
Es lebe der Sieg der geeinigten Arbeiterklasse!

Zentrale der KPD., Abt. Gewerkschaften.

Die Aufgaben des Reichsbetriebsrätekongresses.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Donnerstag trat in der „Neuen Welt" in Berlin der Reichsbetriebsrätekongreß zusammen, um dem deutschen Proletariat den Weg zu zeigen und zu führen, auf dem es aus dem entsetzlichen Elend, das in diesem Hungerwinter vor ihm steht, herauskommt.

Am selben Tage tritt im Reichstag die neue Regierung Cuno vor die berufsmäßigen Macher der Politik, um sein „Arbeitsprogramm" zu entwickeln und sich das Vertrauensvotum für seine „Geschäftsregierung" zu holen.

Zwei Welten treten einander gegenüber. Im Reichstag die alte herrschende Klasse, die Bourgeoisie, um ihre wankende Herrschaft neu zu befestigen, um zu den alten Lasten neue: **Zehnstundentag, Arbeiter- und Beamtenentlassungen und gewaltsame Niederwerfung der dagegen rebellierenden Arbeitermassen,** vorzubereiten. In der „Neuen Welt" treten die Arbeiter zusammen, um sich Programm und Organisation zum Kampf gegen jene Politik, wie im Reichstag einfuggeriert wird, zu geben.

Die neue Regierung unter Leitung des Generaldirektor Cuno soll das Stinnesprogramm verwirklichen. Die Regierungskrise, die durch den Sturz von Wirth eingeleitet und durch die Bildung der Regierung Cunos nicht beendet ist, ist darauf zurückzuführen, daß sich die berufsmäßigen Politiker, die großkapitalistischen und die kleinbürgerlichen Parteien scheuen, offen die Verantwortung zu übernehmen, für die Durchführung des Stinnesprogramms. Das Bürgertum möchte zur Unterdrückung der rebellierenden Arbeiter die Sozialdemokratie in der Regierung haben. Die Sozialdemokraten möchten die Hauptarbeit, die Beseitigung des Achtstundentages, gern ihren bürgerlichen Koalitionsfreunden überlassen, um erst hinterher, nachdem diese kompromittierliche Arbeit [illegible] in die Regierung [illegible] Deutschnationalen sind bereit, unverblümt die Militärdiktatur zur Herrschaft über die aus Not und Hunger rebellierenden Arbeiter im Innern und zum Revanchekrieg mit der Entente aufzurichten und die Verantwortung dafür zu übernehmen. Die bürgerlichen Parteien, einschließlich der VSPD., wollen in der Sache dasselbe wie die Deutschnationalen, sie scheuen sich jedoch offen die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Wir Kommunisten haben bereits unmittelbar nach Kriegszusammenbruch den Zusammenbruch der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik vorausgesagt. Wir Kommunisten waren es, die während des Krieges und nach Kriegszusammenbruch innerhalb der Arbeiterschaft die Mehrheit zu gewinnen versuchten gegen jeden Versuch der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik, für die Uebernahme der ganzen Macht durch die Arbeiterklasse und den Aufbau der Wirtschaft im Sinne des Sozialismus. Es waren die Sozialdemokraten, die demgegenüber erklärten, der zusammengebrochene Kapitalismus könne nicht unmittelbar in die sozialistische Wirtschaft überführt werden, da nicht ein verarmter, sondern nur ein in der Vollkraft, im Ueberfluß lebender Kapitalismus in Sozialismus umgewandelt werden könne. Wir Kommunisten waren es, die erklärten, daß der kapitalistische Wiederaufbau nicht möglich, sondern nur der sozialistische Aufbau aus Elend und Not befreien könne.

Es gelang uns nicht, für diese unsere Auffassung, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, zum sozialistischen Aufbau der Wirtschaft, eine Mehrheit im deutschen Proletariat zu gewinnen, weil der größte Teil der Arbeiter den Lockungen der Burgfriedenspolitiker während des Krieges erneut Folge leistete, die ihnen versprachen, auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie rasch Frieden, Freiheit und Brot zu bringen. Sie folgten jenen, die den Versuchen, der Revolution sozialen Inhalt zu geben, die Parole entgegenstellten, **„man dürfe die Revolution zu keiner Lohnbewegung machen".**

Jetzt ist der Zusammenbruch dieser kapitalistischen Wiederaufbaupolitik offenkundig. Die Finanzen sind zusammengebrochen. Wir stehen vor einer Ernährungskatastrophe. Der Zusammenbruch der Scheinkonjunktur, der Zusammenbruch der Produktion beginnt bereits.

Wieder steht die Frage, Kampf um die Macht der Arbeiterklasse zum Aufbau der Wirtschaft im Interesse der werktätigen Bevölkerung, im Sinne des Sozialismus oder Diktatur der Bourgeoisie.

Das ist die Situation, zu der der Reichsbetriebsrätekongreß Stellung nehmen muß.

Die Betriebsrätebewegung setzte ein, als nach dem Zusammenbruch der aus Anlaß der Ermordung Rathenaus elementar entstandenen Massenbewegung, dank der Führung dieser Bewegung durch den ADGB., die USPD. und SPD. im Sande verlief, die Finanzkatastrophe begann und jene sprunghafte Teuerung einsetzte, die die Arbeiter zur Verzweiflung trieb. In Sachsen, in Rheinland-Westfalen, richteten die Betriebsräte Aufrufe zum Kampf gegen die Teuerung an die Bevölkerung, an die Arbeiterparteien und den ADGB. Die USPD. hatte während der Rathenaukrise die Erklärung abgegeben, in die bürgerliche Koalitionsregierung einzutreten „zur Rettung der Republik". Sie weigerte sich jedoch, einzutreten in schärfsten Kampf gegen die Bourgeoisie zur Rettung der Arbeiterklasse vor dem Untergang. Der ADGB. und die SPD. vertröstetete die Arbeiter auf die Verhandlungen mit der Regierung. Dieser Trost half jedoch nicht. Die Kaufkraft der Mark fiel ins bodenlose, die Teuerung nahm weiter zu. In dieser Situation ergriffen die Berliner Betriebsräte die Initiative und forderten die Arbeiter im Reich auf, sich aus eigenem zum Kampf gegen die Teuerung zusammenzuschließen. Im ganzen Reich fand dieser Aufruf stürmischen Widerhall. Ueberall, in den Betrieben, in den Gewerkschaften, nahmen die Arbeiter zu dem Aufruf der

Wie „Genosse" Richter für das hungernde Proletariat sorgt.

Berlins Polizeipräsident, der vortreffliche Sozialdemokrat Richter, Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, hat nun auch zu der Teuerung und der Verzweiflung der breiten Volksschichten Stellung genommen. Nach einer amtlichen Mitteilung hat Herr Richter besondere Kraftfahr-Kommandos der Schupo geschaffen, die ständig bei Plünderung oder Plünderungsgefahr zu alarmieren sind. Der bedrohte Geschäftsinhaber braucht nur das Wort Plünderung in seinen Telefonapparat hineinzurufen und alles andere klappt dann sofort. Das ist alles, was die im Berliner Polizeipräsidium regierende Sozialdemokratie angesichts der gegenwärtigen Teuerungskrise positiv geschaffen hat.

Berliner Stellung und solidarisierten sich mit der Bewegung. Im September fand die erste Reichsbesprechung statt. Dem folgte der Zusammenschluß der Betriebsräte in den einzelnen Orten, Industriebezirken und anderen. Allerorten schritt man dazu, Kontrollausschüsse zu bilden, um die Preisbildung zu kontrollieren und zu beeinflussen. Eine Menge kleiner Erfolge sind erzielt worden. Es gelang, in den einzelnen Orten Brot, Kartoffeln, Kohle, Milch und Zucker für Mütter und Säuglinge zu herabgesetzten Preisen zu beschaffen. Alle diese Erfolge sind jedoch nur ein Tropfen an diesem Meer von Not und Elend.

Eine wirksame Kontrolle der Produktion und Preisbestimmung konnte bis jetzt nirgends erreicht werden. Die mittlerweile zur VSPD. zusammengeschlossene USP., SPD. und Gewerkschaftsbürokratie beschränkte sich nicht darauf, diese Massenbewegung zum Kampf gegen die Teuerung zu sabotieren, sondern sie ging zum schärfsten Kampf gegen die Teilnehmer an der Teuerungskampagne über. Die VSPD. bedrohte alle ihre Mitglieder mit Ausschluß aus der Partei und führte diese Drohung an vielen Orten durch gegenüber denen die sich an der Betriebsrätebewegung, an der Tätigkeit der Kontrollausschüsse beteiligten. Ebenso nahmen der ADGB. und die Gewerkschaftsvorstände zum Teuerungskampf der Betriebsräte Stellung. Sie lehnten nicht nur die Teilnahme am Kampfe ab, sondern bedrohten ebenfalls jedes Gewerkschaftsmitglied mit Ausschluß aus der Gewerkschaft, das an der Bewegung aktiv teilnahm. Der Eisenbahnerverband leitet bereits das Ausschlußverfahren ein gegen Mitglieder, die 50 Mark auf eine Sammelliste zur Abhaltung des Reichsbetriebsrätekongresses gezeichnet haben.

Trotz dieser Verfolgung durch die VSPD. und Gewerkschaftsbürokratie, zu der sich noch die Verfolgung der Polizei und Behörden gesellte, ist die Betriebsrätebewegung ein Machtfaktor geworden, der trotz aller Verfolgungen nicht mehr zu unterdrücken ist. Aber die Sabotage der VSPD. und Gewerkschaftsbürokratie hat doch erreicht, daß der Reichsbetriebsrätekongreß, obgleich hunderttausende deutscher Arbeiter hinter ihm stehen, heute noch nicht imstande ist, unmittelbar den Kampf zu eröffnen zur wirksamen Kontrolle der Produktion, zur Uebernahme der Macht im Staat und Wirtschaft, um an Stelle des zusammenbrechenden Kapitalismus die sozialistische Wirtschaft zu setzen. Das muß klar erkannt und auf dem Betriebsrätekongreß ausgesprochen werden.

Hätte die VSPD. und die Gewerkschaftsbürokratie, die vorgibt, die Arbeiterinteressen zu vertreten, die Kraft angewendet, die sie im Kampf gegen die Teuerungsbewegung nutzlos verzettelt hat, um diesen Teuerungskampf zu fördern und organisieren zu helfen, dann könnte Cuno kein kapitalistisches Wiederaufbauprogramm aufstellen und durchführen, dann wäre der Reichsbetriebsrätekongreß in der Lage, unmittelbar das Signal zum Kampf um die Macht, zum Kampf um die Errichtung der sozialistischen Wirtschaft auszugeben.

Durch die Sabotagearbeit der stärksten Arbeiterorganisationen Deutschlands ist der Reichsbetriebsrätekongreß gezwungen, in der Verteidigungsstellung zu kämpfen.

Der Angriff ist erst möglich, wenn es trotz des Widerstandes der VSPD. und des ADGB. möglich geworden ist, **die Mehrheit der deutschen Arbeiter hinter die Forderungen und Beschlüsse des Betriebsrätekongresses zu bringen.** Deshalb muß der Betriebsrätekongreß ein klares und bestimmtes Arbeitsprogramm aufstellen, das der Koalitionsregierung, das dem bürgerlichen „Geschäftsministerium", das durch eine Scheinopposition der VSPD. gleichfalls nichts anderes ist als eine verschleierte Koalitionsregierung, entgegenstellt ein Programm der Arbeiterregierung. Ein Programm, das klare Maßregeln zur Sicherung der Existenz der arbeitenden Massen, Maßregeln zur Abwälzung der Lasten des finanziellen Bankrotts und wirtschaftlichen Zusammenbruchs, zur Sanierung der Finanzen, zur Sicherung und Steigerung der Produktion sowie Maßregeln zur Annullierung des Versailler Friedensvertrages zum Wiederaufbau Europas und Maßregeln zur Bekämpfung der Konterrevolution und Wirtschaftssabotage aufstellen muß.

Der Betriebsrätekongreß muß diese spontane Bewegung durchorganisieren, muß die Kampfadern ausbauen, daß, wenn die Bewegung aufflammt, die Arbeiter erfaßt und ohne und, wenn es nicht anders geht, gegen die sabotierende VSPD. und Gewerkschaftsbürokratie zum Sieg geführt werden kann. Solange die Betriebsrätebewegung in den ausschlaggebenden Bezirken noch eine Minderheit ist, solange die Arbeiterschaft weiter in Unätigkeit verharrt und auf ein Wunder wartet, statt den einheitlichen geschlossenen Kampf im ganzen Reich zu führen, darf sich die von den Betriebsräten organisierte Bewegung nicht in isolierte Kämpfe verstricken lassen, die ihre Kraft überfliegt.

Das wird große Anforderungen an die Festigkeit und Klarheit der einzelnen wie der Gesamtheit stellen. Schon flammen angesichts der furchtbaren Not Teuerungskrawalle im Lande auf. Der Betriebsrätekongreß muß klar aussprechen, daß diese aus Verzweiflung entstandenen Teuerungskrawalle den ernsthaften Kampf gegen die Teuerung nur gefährden. Er muß die Opfer dieser Verzweiflungsausbrüche unterstützen, darf aber keinen Zweifel über das Falsche solcher Krawalle aufkommen lassen. Es müssen alle jene gesammelt werden nicht zu Verzweiflungstaten, sondern zur proletarischen Einheitsfront über die Köpfe der sabotierenden „Auch-Arbeitervertreter" hinweg.

Groß waren die Schwierigkeiten, mit denen die Bewegung bisher zu kämpfen hatte. Die bevorstehenden Schwierigkeiten sind noch größer. Bereits arbeiten in allen Bezirken und in den wichtigsten Orten Arbeiter aller politischen und gewerkschaftlichen Richtungen zusammen. Der Bewegung haben sich angeschlossen VSPD., USPD., freigewerkschaftlich Organisierte, Unparteiische, christliche und Hirsch-Dunckersche Arbeiter sowie Kleinbauern. Die Gewerkschaftsbürokratie und die VSPD., die um jeden Preis weiter bankrotte Wiederaufbaupolitik treiben wollen, versuchen mit allen Mitteln, Verwirrung in die Reihen der Betriebsrätebewegung hineinzutragen. Die Tatsache, daß die KPD. als einzige Arbeiterpartei rückhaltlos diesen elementaren Kampf der hungernden Massen unterstützt, versuchen sie als kommunistisches Manöver hinzustellen. Durch ihren großen Infanzenapparat gelingt es ihnen hier und dort, einzelne wieder abspenstig zu machen. Es wird ihnen aber nicht gelingen, die ganze Bewegung zu sabotieren. Die KPD. wünscht nicht nur dem Reichsbetriebsrätekongreß vollen Erfolg, sondern wird, wie bisher, alles tun, um die Bewegung zu fördern und zu unterstützen.

Der Reichsausschuß hat für die Tagung des Betriebsrätekongresses drei eigene Telephonanschlüsse, und zwar: Berlin, Amt Moringplatz Nr. 1772—1774.

Die Telegrammadresse des Reichsausschusses bezw. Betriebsrätekongresses während der Tagung lautet: Betriebsrätekongreß, „Neue Welt", Berlin.

Reichsausschuß der Betriebsräte.
J. A.: Grothe.

Das Ueberschichten-Abkommen gekündigt.

Das Ueberschichten-Abkommen, das die Verbandsleitungen den Bergarbeitern gegen ihren Willen aufgezwungen haben, erwies sich in der kurzen Zeit seines Bestehens als Nährboden wachsender Erregung und Unzufriedenheit. Aus diesem Grunde haben die Vorstände der Bergarbeiter-Verbände für Dienstag eine Besprechung angesetzt, in der voraussichtlich die sofortige Kündigung des Ueberschichten-Abkommens beschlossen werden wird. Mit der Kündigung des Abkommens ist natürlich noch nichts für die Bergarbeiter getan. Die riesenhaften Preissteigerungen in den letzten Wochen machen sehr erhebliche Lohnerhöhungen zu einer zwingenden Notwendigkeit, wenn der Bergmann bei seiner schweren Tätigkeit nicht zusammenbrechen soll. Verschiedentlich wird von Bergarbeitern die Forderung nach Goldmarktlohnung erhoben.

Zur Beachtung!

Die Arbeitsgemeinschaft (ADGB. und Unternehmer) hat sich zur Durchführung des Stinnes'schen Hungerprogramms verpflichtet. Das Ministerium hat angeordnet, daß Hungerunruhen mit Panzerautos bekriegt werden sollen.

Das Unternehmertum betreibt die fast restlose Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung. Streikende und Ausgesperrte sollen keine Unterstützung mehr erhalten. Auch Arbeitslosigkeit als mittelbare Folge von Streiks im In- oder Auslande soll keinen Anspruch auf Unterstützung gestatten.

Der Vorstand der Vereinigten SPD. gibt das parlamentarische System preis, er ist einverstanden mit der Bildung eines Kabinetts ohne Rücksicht auf die Partei.

In der Sanitätswache des Bahnhofs Hannover hat vor einigen Tagen eine Frau ein Kind entbunden. Die Frau irrt seit acht Wochen mit zwei Kindern von vier und zwei Jahren wohnungslos umher. Nachts kampierte sie im Wartesaal 4. Klasse.

In der bürgerlichen Presse findet man Dutzende von Inseraten, durch die Ausländern große möblierte Wohnungen angeboten werden.

Auf dem Gut Nord-Ostsee-Kanal, Besitzer Graf C., werden seit längerer Zeit Soldaten und Militärpferde beschäftigt. Landarbeiter macht man arbeitslos. Die Küchenabfälle der Küstenwehrabteilung werden auf dem Gut als Schweinefutter verbraucht; die Abfälle enthalten noch fast ganze Kohlköpfe. Arbeiter können das Gemüse nicht mehr kaufen.

Auf dem Bismarck'schen Gut Heidebreck-Karant bei Naugard werden Kartoffeln untergepflügt. Der Besitzer will die „hohen" Buddlerlöhne nicht bezahlen.

Nach dem Landarbeiterstreik in Brandenburg wurden von dem Gute Brunow (Kreis Oberbarnim) fünf Arbeiterfamilien vertrieben. Jetzt hat man Frauen mit ihren Kindern und den Möbeln aus der Gutswohnung hinausgeworfen. Der Besitzer ließ die Kartoffeln der Hinausgeworfenen ausbuddeln, behielt sie und forderte von den Arbeitern noch Buddlerlohn. Es war eine Klage notwendig, um diesen Leuten wenigstens einen Teil ihrer eigenen Kartoffeln zu retten. Auf dem Gute sind tausende von Zentnern Kartoffeln erfroren. Die Agrarier zeigen sich als starke Leute.

Wieder zwei Kontrollausschüsse anerkannt.

Der Kontrollausschuß von Begesack-Blumenthal ist nach einer imposanten Demonstration vor einigen Tagen vom Landrat und den übrigen Behörden anerkannt worden. Vorausgegangen waren Besprechungen mit dem Handel- und Gewerbeverein. Der Kontrollausschuß wird als Aufsichtsorgan fungieren.

* * *

Die Gemeindeverwaltung Stoppenberg (Rheinland) hat folgende Bescheinigung ausgestellt:

In einer am 12. d. Mts. in Stoppenberg stattgefundenen Versammlung wurden folgende Personen gewählt, um die Polizeiverwaltung bei der Feststellung von Preistreibereien und Wucherfällen zu unterstützen. (Es folgen die Namen.) Es ist heute meinerseits bei der Wucherpolizei und Preisprüfungsstelle Essen beantragt, diese Personen als Hilfe bei den diesbezüglichen Geschäften zuzulassen. Um in der Zwischenzeit den Genannten die Tätigkeit zu ermöglichen, wird ihnen diese Bescheinigung ausgestellt, die bis zum 1. Januar des kommenden Jahres Gültigkeit hat.

Stoppenberg den 16. November 1922

(Dienststempel.) **Der Bürgermeister**
gez. Meyer.

Sozialdemokratische Frauen für Kontrollausschüsse.

Der sozialdemokratische Verein in Danzig hatte zum 15. November eine Frauen-Mitgliederversammlung einberufen, zu der auch Nichtmitglieder zugelassen waren. In der Aussprache nahm Genossin Doll das Wort, sie sprach im Namen der Frauen-Agitationskommission. Eine von ihr befürwortete Resolution fand allgemeine Zustimmung; sie lautet:

„Die anwesenden Frauen erheben schärfsten Protest gegen die Ausbeutung durch Ueberstunden aller weiblichen Beschäftigten in Geschäften und Betrieben, sie fordern, daß weibliche Kontrollausschüsse gebildet werden, die das Recht haben, alle Geschäfte und Betriebe zu kontrollieren, um dem Ueberstundenunwesen, hauptsächlich der Ausbeutung der weiblichen Lehrlinge, zu steuern.

Der Senat wird aufgefordert, den Kontrollausschüsse amtliche Befugnis zu erteilen."

Die sozialdemokratische Presse unterschlägt diese Resolution und schweigt sich behaglich über die ganze Versammlung aus. Die Demokratie in der sozialdemokratischen Partei ist gerade so lieblich, wie die Demokratie in der Republik Ebert.

* * *

In Neumünster, in einer stark besuchten Versammlung, wurde ein 15er-Ausschuß gewählt; er besteht aus 9 Kommunisten, 4 Sozialdemokraten und 2 Parteilosen.

Ein durchsichtiges Manöver.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Otto Graf, der mit der berüchtigten reaktionären Verbrecherorganisation Oberland in Verbindung stand, versucht sich jetzt durch allerhand Schwindeleien wieder politisch rein zu waschen. Er kann zwar nicht leugnen, daß er mit den Reaktionären in Verbindung stand und muß auch zugeben, daß er von ihnen 350 000 Mark bekommen habe, aber er behauptet jetzt, daß er all dies im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands (?) getan habe.

Man braucht sich mit diesen Lügen eines politischen Bankrotteurs nicht lange zu beschäftigen. Graf ist gerade, weil er im Verdacht unsauberer Machenschaften stand, aus unserer Partei ausgeschlossen worden, und sein Bemühen, Vorgänge, die man ihm zwar damals nicht nachweisen konnte, deren Verdacht aber schon genügte, ihn zu entfernen, jetzt der Kommunistischen Partei an die Rockschöße zu hängen, ist ein Manöver, das zum Scheitern verurteilt sein muß.

Inzwischen hat, wie den VPN. mitgeteilt wird, Graf auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion des bayerischen Landtages gegen sich ein Schiedsgericht beantragen müssen. Bei näherer Untersuchung des Falles werden ja die Sozialdemokraten feststellen können, was sie für eine Erwerbung mit diesem Graf gemacht haben, dessen Uebertritt in die VSPD. seiner Zeit von der sozialdemokratischen Presse als großer Erfolg ausposaunt worden ist.

Graf, Oberland und KPD.

Von der Zentrale der KPD. wird uns zu der Angelegenheit Graf-Oberland geschrieben:

Der von der KPD. vor längerer Zeit ausgeschlossene und von der VSPD. mit offenen Armen und mit Stolz aufgenommene bayerische Landtagsabgeordnete Otto Graf behauptet in seiner Erklärung, die unter dem 17. November in der sozialdemokratischen „Münchener Post" in seiner Angelegenheit abgibt, unter anderem folgendes:

„Wie jede bürgerliche Partei, die Dutzende von sogenannten „nationalen" Organisationen für ihre Zwecke von Sympathisierenden Geldbeträge erhalten, so geschah dies auch von der KPD. Die von Römer zur Verfügung gestellte Summe von 350 000 Mark wurde im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der KPD. und nach eingehender Prüfung durch deren Zentrale für die Münchener Parteizeitung verwendet."

Diese Behauptung ist eine freie Erfindung von Graf. Weder hat die KPD. jemals von dem Führer des reaktionären Bundes „Oberland", dem Hauptmann a. D. Beppo Römer, irgendwelche finanzielle noch andere Unterstützung erhalten, noch bestand zu der fraglichen Zeit in München eine Parteizeitung, noch konnten infolgedessen die 350 000 Mark, die Graf von Römer erhalten hat, im „Einverständnis mit dem Vorsitzenden der KPD. und nach eingehender Prüfung durch deren Zentrale für die Münchener Parteizeitung verwendet" werden. Der Zentrale der KPD. war nicht bekannt, daß Graf die von ihm im Selbstverlag herausgegebene Münchener „Neue Zeitung" aus Geldern des Bundes „Oberland" unterhalten hat. Graf hat der Zentrale der KPD. wiederholt versichert, daß ihm ein Schulfreund die Mittel für die Zeitung „geliehen" habe. Die Zentrale der KPD. hat vor einigen Monaten dem Graf das Verlagsrecht der „Neuen Zeitung" unter Auszahlung der nachgewiesenen Schulden abgekauft. Auch bei der Prüfung dieser Schulden hat Graf in keiner Weise erkennen lassen, daß ihm von Beppo Römer Gelder aus den Mitteln des Bundes „Oberland" jemals zur Verfügung gestellt worden sind. Die unwahren Behauptungen Grafs können daher nur den Zweck haben, seine politische Korruption zu verschleiern.

Spanische Faszisten.

Eine ähnliche Rolle wie in Italien die Faszisten spielen als mächtige Nebenregierung in Spanien die geheimen Offiziersverbände, die sogenannten Juntas. Nach einem Telegramm aus Madrid hat der spanische Ministerpräsident Sanchez Guerra im Parlament erklärt, daß er die Juntas sofort auflösen werde. Da aber die Offiziersbünde mächtiger sind als die Regierung, stehen in Spanien interessante Ereignisse bevor.

Schlesische Rundschau.

Buß- und Bettag.

Die Glocken läuten es von den Kirchtürmen herab, die Prediger verkünden es von der Kanzel: heute tuen die Buße, die sich schuldbeladen fühlen, die Vergebung der Sünden verlangen wollen, die sie begangen zu haben glauben. Da strömen sie in die Kirchen: alte gebrechliche Frauen und Männer. Man sieht's ihnen an, daß sie ein Leben voll Arbeit, Mühe und Sorge hinter sich haben. Auch rüstige Männer, die andächtig den Worten des Predigers lauschen, ohne zu ahnen, wie grauenhaft blutig sie verhöhnt werden. Und auch junge Leute sieht man in der Kirche. Sie gehen hin, weil ihnen Gottesfurcht und Frömmigkeit gelehrt wurde. Alle wollen sie Buße tun. Die Alten dafür, daß sie nicht genug gebetet haben in ihrem Leben: das Brot war so knapp und sie mußten viel Arbeiten. Da sanken sie abends müde aufs Lager nieder, ohne Gebet. Die rüstigen Männer wollen Buße dafür, daß ihrem Innern, da wollten sie Ablenkung haben. Die Frauen sie ihr Geld in Schnaps umgesetzt haben. Die Not fraß so in suchen Buße, weil sie ihre Kinder haben sterben lassen. Ja haben sterben lassen! Sie war so krank, die Milch so teuer. Sie mußte auf Arbeit ... Und die Jungen sind bußfertig, weil sie vielleicht ihre alten Eltern nicht vom Hungertode erretten können. Sie können nicht, der Lohn ist zu gering. Auch die Dirne dort will Buße tun, weil sie die Liebe zum Geschäft macht ... Alle diese gebeugten Gestalten wollen Buße tun vor einem Ueberirdischen, weil sie nicht wissen, welche Kraft in ihnen noch wohnt, weil sie kein Selbstvertrauen haben ...

*

Knatternd fährt das prachtvolle Luxusauto vor Villa Zedlitz vor. Ein schwarzbefrackter steigt aus, am Arm ein Mädchen, in teure Pelze gehüllt, unter denen sich feinste Seidenkleider bauschen. Sie treten ein in den lichtdurchflutenen Raum. Eilfertige Bedienstete eilen herbei, nehmen die Pelze ab und bergen sie in den Garderoben. Die „feine Gesellschaft" ist versammelt. Der Sekt fließt. Teuerste Weine und Liköre werden verlangt. Die Mädchen naschen kostspielige Torten und schlecken Schlagsahne. — Tausende Proletarierkinder sind unterernährt, Säuglinge haben keine Milch und — es ist Bußtag!

*

Zur selben Zeit, da in den Breslauer Kirchen kleinmütige Proleten „Vergebung ihrer Sünden" suchen, tun andere Proletarier „Buße" auf ihre Art. Buße dafür, daß sie so lange gezögert, Buße, daß viele Proletarier und Proletarierinnen noch immer schlafen, daß die Arbeiterschaft Deutschlands noch immer nicht das Joch der Ausbeutung abgeschüttelt haben! Sie knien aber nicht nieder, sie beten nicht zu einem Gott, gehen nicht in die Kirche. Draußen in der Trebnitzer

Straße sind sie zu finden. Statt dem Gebetbuch haben sie Hämmer, Schaufeln und Kelle in der Hand. Statt Gebete zu stammeln, klopfen sie Steine, schaufeln sie Erde, verputzen Wände und fahren Sand. Und jede Schaufel Erde, jeder Hammerschlag ist ein Streich gegen die Ausbeuter, ein Streich um die Befreiung der Menschen. Die kommunistischen Helfer sind es, die hier schaffen. Ihr Glockenklang ist Hammerschlag. Und nicht leere Hoffnung auf einen Gott ist ihr Ergebnis. Die kommunistische Trutzburg ersteht. Allen Kommunisten zum Trotz rückt ihre Vollendung näher. Jede Stunde Arbeit bringt uns dem Ziele näher. Auch in der Druckerei in der Matthiasstraße ist am Bußtag Subotnik. Die Setzer bereiten den Umzug vor. Sie packen die Schriften ein und bringen die Setzregale in Ordnung. Auch sie tragen ihren Teil dazu bei das neue Werk erstehen zu lassen. —

Bußtag! Aber nicht Bettag! Nein Arbeitstag! Mit dröhnenden Hammerschlägen verkünden klassenbewußte Proletarier: Tod den Ausbeutern!

Eine Steuerbehörde, wie sie nicht sein sollte!

Ein Arbeiter aus Breslau schreibt uns:

Am 19. Mai 1922 erhielt ich einen Steuerbescheid von 1920 und glaubte den zuviel gezahlten Betrag von annähernd 500 Mk. in einigen Tagen in Empfang nehmen zu können. Zu meinem größten Erstaunen sollte ich jedoch noch 100 Mk. nachzahlen, deshalb, weil das Einkommen von meiner Frau, die als Heimarbeiterin beschäftigt, zu meinem Einkommen dazugerechnet wurde und zwar dreimal so hoch, als es in Wirklichkeit war, obwohl die Steuerbehörde genau weiß, daß jedem Arbeitnehmer die 10 Prozent treu und brav vom Arbeitgeber abgezogen werden. Grunddessen war ich gezwungen, eine Reklamation einzureichen. Nachdem ich mir sämtliche Unterlagen besorgt hatte, schaffte ich die Reklamation persönlich am 10. Juni nach dem Finanzamt. Am 12. September erschien ein Vollziehungsbeamter, welcher noch 74,90 Mk. angeblich rückständige Reichseinkommensteuer von 1920 einzog. Einen Bescheid auf meine Reklamation habe ich aber noch nicht erhalten, trotzdem wir schon den 23. November schreiben. Hätte ich im Mai die 500 Mk. zurückerhalten, wäre ich imstande gewesen, 15 Pfund Margarine dafür kaufen, heute dagegen erhalte ich nicht einmal ein halbes Pfund. Hoffentlich erhalte ich von der Steuerbehörde den Differenzbetrag ausgezahlt.

*

Aus diesem Brief eines Arbeiters ist zu ersehen, wie die Proletarier in der deutschen Republik betrogen werden. Den Kapitalisten wird die Steuer nicht abgezogen, die können sich selbst einschätzen und zahlen erst viel später, wenn die Entwertung des Geldes weiter fortgeschritten ist. Sie machen auch beim Steuerzahlen mit der Entwertung der Mark ein Geschäft, während die Arbeiter dabei übervorteilt werden. — Wie lange, Proletarier, seht Ihr noch schweigend zu?

Gewerkschaftsbewegung.

Wie die Gewerkschaften bekämpft werden.

Die Breslauer Schornsteinfegerinnung geht zum Angriff gegen die Gewerkschaften über. Sie wendet ganz niedrige Mittel an, um die Gewerkschaft der Schornsteinfeger zu schädigen und zu schwächen. Die Not der Schornsteinfeger soll ausgenützt werden, sei von der Organisation abzuhalten. Wie uns mitgeteilt wird, gibt die Innung Darlehen in Höhe von 5 000,— Mark aus an solche Schornsteinfeger, die verheiratet sind und in dauernder Beschäftigung stehen. Arbeitslose Schornsteinfeger erhalten kein solches Darlehn. Diejenigen aber, denen ein solches gewährt wird, müssen ein Schriftstück unterzeichnen, in dem es u. a. heißt:

„Ich bestätige hiermit, daß ich weder der Zentrale der freien Gewerkschaften, noch der Ortsgruppe Breslau angehörige. Sollte ich entgegen meiner Behauptung Mitglied einer der genannten Vereinigungen sein, dann mache ich mich eines Betruges schuldig.“

Die schlauen Innungsmeister wollen da anscheinend zwei Fliegen mit einem Klappe schlagen. Erstens glauben sie, durch den hingeworfenen Brocken von 5000,— Mark die Schornsteinfeger abhalten zu können, sich zu organisieren und dann wollen sie dadurch noch diejenigen ertappen, die ohne Wissen der Innung, Mitglied der freien Gewerkschaft sind. Sie wollen gar diejenigen, die einer freien Gewerkschaft angehören und trotzdem das Darlehn annahmen, mit dem Gesetz in Konflikt bringen.

Das Manöver der Schornsteinfeger-Innung ist sehr durchsichtig. Es ist darum Pflicht eines jeden klassenbewußten Schornsteinfegers, das Angebot der Innung aufs entschiedenste zurückzuweisen. Ein Hundsfott, wer seine Gewerkschaftszugehörigkeit für ein paar Bettelpfennige preisgibt.

Die Kampfkasse des Proletariats

wird von den Arbeitern und Arbeiterinnen Schlesiens auf das tatkräftigste unterstützt.

81 307.— Mark

wurden bis heute für den Reichsbetriebsrätekongreß gesammelt. Darum rastet nicht, Euer Kampffonds

muß weiter gestärkt werden!

Für Unterbeamten — Schweineställe.

Ein Eisenbahnbeamter schreibt uns:

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat es als Pflicht des versetzten Beamten bezeichnet, der eine Entschädigung nach dem Gesetz vom 21. Mai 1920 bezieht, sich fortgesetzt eifrig um die Erlangung einer eigenen Wohnung am neuen Dienstort zu bemühen und jede sich bietende Gelegenheit auszunutzen, wobei persönliche Ansprüche an die Wohnung, denen nach den Zeitverhältnissen nicht Rechnung getragen werden kann, zurückgestellt werden müssen. Die vorgesetzte Dienstbehörde soll darüber wachen, daß der Beamte dieser Vorschrift nachkommt. Wenn ein Beamter sie nicht beachtet, insbesondere aber eine Wohnung, die seiner — dienstlichen — Stellung einigermaßen entspricht, zurückweist, so verliert er den etwaigen Anspruch auf die im Gesetz vorgesehenen Entschädigungen. Hiernach wird für die Folge streng verfahren. Die Beamten werden ausdrücklich auf die Folgen aufmerksam gemacht, die ihnen daraus entstehen, wenn sie sich nicht um Erlangung einer Wohnung bemühen oder wenn sie eine ihnen angebotene Wohnung zurückweisen. — Also — rücksichtslos — rein in die Schweineställe! Anstatt die Regierung anständige Wohnungen baut, wird sie obendrein noch grob. Unterbeamte merkt euch die Tonart, die gegen euch angeschlagen wird.

Aus den Betrieben.

Zwei Belegschaftsversammlungen.

In Nieder-Hermsdorf tagten am 20. November, vormittags 9 Uhr und nachmittags 5 Uhr zwei Belegschaftsversammlungen. Betriebsobmann Reich eröffnete dieselbe mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht über die letzten Lohnverhandlungen, 2. Verschiedenes, 3. Bericht über den Manteltarif. Ueber den ersten Punkt referierte Kamerad Wißmann und führte aus, daß die Unterhändler so viel wie möglich getan hätten, recht viel bei den Verhandlungen herauszuholen. In der Diskussion wurde vom Genossen Stützlock beton, daß wir im Verhältnis zur Teuerung einen Lohnabbau zu verzeichnen hätten und zwar um 30 Prozent. Weiter wies Genosse Reinhold nach, daß wir durch die Arbeitsgemeinschaft immer mehr ins Elend kommen. Es muß endlich mal damit Schluß gemacht werden. Nicht Arbeitsgemeinschaft, sondern Klassenkampf müssen wir führen. Nur dadurch werden wir unsere Gewerkschaften zum Machtfaktor bringen.

Im Schlußworte des Kameraden Wißmann versuchte er nachzuweisen, daß Grund der wirtschaftlichen Lage die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften beschränkt sei. Unter Verschiedenem wurde zunächst beschlossen, selbst, wenn es den Betriebsräten nicht möglich sein sollte, mehr als 25 Prozent Zuschlag für den Bußtag herauszuholen, einzufahren. Die 25 Prozent sollen als Weihnachtsgeschenk für Witwen und Invaliden gelten. Nachdem verschiedene Betriebsangelgenheiten geregelt waren, ging man zum 3. Punkt, der Manteltarif, über. Kamerad Wißmann führte u. a. aus, daß unser Manteltarif immer noch besser ist, als der in Rheinland-Westfalen. Da die Zeit schon ziemlich vorgerückt war, nahm er nur die wichtigsten Punkte aus dem Manteltarif vor und empfahl daß sich jeder Bergmann einen zum Preise von 10 Mk. kaufen soll. Ferner sollen sich die Kameraden in den Zahlstellenversammlungen Vorträge darüber halten lassen. Nach kleinen Anfragen in der Diskussion wurde die Versammlung vom Kameraden Reich geschlossen.

Für den Reichsbetriebsrätekongreß

gingen ferner noch ein: Rinkels Spinnerei, Liste 65511 190 Mk., Liste 65 518 235 Mk., Verband der Zimmerer, Liste 65 517 220 Mk., Verband der Dachdecker, Liste 65 522 515 Mk., Weberei Epner, Liste 65 525 182 Mk., Spinnerei Epner, Liste 65 526 149 Mk., Weberei Grünfeld, Liste 65 527 50 Mk., Liste 65 528 482 Mk., Weberei Hamburger, Liste 65 537 103 Mk., Seidenweberei Liste 65 538 293 Mk., Liste 65 539 392 Mk., Metallfabrik Bauch Liste 65 543 215 Mk., Liste 65 544 530 Mk. Bisher insgesamt 11 270 M.

Die noch ausstehenden Listen müssen sofort, ob gezeichnet oder nicht gezeichnet, zurückgegeben werden.

Die Arbeiterschaft von Liebau

sammelte für den Reichsbetriebsrätekongreß (1. Sammlung): Liste Nr. 65 427 Wichard 260 Mk. Nr. 65 428 Firma Hesse 551 Mk., Nr. 65 429 Firma Hesse 434 Mk., Nr. 65 430 Glasfabrik 813 Mk., Nr. 65 431 Glasfabrik 208 Mk., Nr. 65 432 Glasfabrik 433 Mk., Nr. 65 433 Feldmühle 228 Mk., Nr. 65434 Bergarbeiter 400 Mk. Zusammen 3327 Mk. Eine Liste steht noch aus.

Für den Reichsbetriebsrätekongreß wurden gesammelt: Fahrpersonal (städt. Straßenbahn) Bhf. 2 W 1130 Mark, Kahlert (Schuhfabrik) 855, Güter-Abf. (Breslau-West) 1684, Fahrpersonal (städt. Straßenbahn) Bhf. 1 370, vom Kollegen Steiner aus Polsnitz bei Freiburg 2606, zusammen 6645 Mk.

Breslau. Lokales.

Anmeldungen für die weltliche Schule.

Achtung! Weitersagen!

Anmeldungen der Kinder für die weltlichen Schulen werden entgegengenommen in der Woche von Montag, den 27. November bis Sonnabend, den 3. Dezember, in der Zeit von 4½ bis 7 Uhr, und zwar:

für Odertor: Amtszimmer der Sammelschule 1, Waterloostraße 15

für Scheitnig: Amtszimmer der kath. Schule 28, Fürstenstraße 23;

für Pöpelwitz: Amtszimmer der evangelischen Schule 82, Krischkestraße 3

für Nikolaitor: Amtszimmer der evangelischen Schule 25 Siebenhufener Straße 60,

für Gräbschen, Südost und Dürrgoy: im Amtszimmer der evangelischen Schule 41, Lehmgrubenstraße 28,

Drei Menschen

46] **Roman von Maxim Gorki.**

Wie wäre es, wenn er den Onkel fragte, wieviel er eigentlich von dem Gelde des Lumpensammlers bekommen hätte? Aber dieser Gedanke widerstrebte ihm doch gar zu sehr . . .

Seit der Zeit, da Ilja die Bekanntschaft Olympiadas gemacht hatte, erschien ihm das Haus Filimonows noch schmutziger und enger als früher. Diese Enge und dieser Schmutz riefen in ihm das Gefühl physischen Ekels hervor, wie wenn kalte, schlüpfrige Hände seinen Körper berührten. Heut hatte er dieses Gefühl besonders peinlich empfunden, er konnte in diesem Hause durchaus keinen Platz finden, der ihm behagte, und er stieg ohne jeden weiteren Anlaß die Treppe hinauf zu Matizas Dachstube. Auf dem Wege dahin beschlich es ihn wie eine seltsame, peinliche Ahnung, es war ihm, als ob dieses Haus ihn einmal in irgend etwas Unerwartetes, Schreckliches hineinstoßen würde . . .

Mit solchen Gedanken beschäftigt, trat er in Matizas Kammer ein und sah die Bewohnerin derselben neben ihrem breiten Bett auf einem Stuhle sitzen. Sie richtete ihre Augen auf ihn, drohte ihm mit dem Finger und flüsterte im tiefen Baß, wie wenn ein Sturmwind von ferne rauschte:

„Still! Sie schläft! . . .“

Auf dem Bette schlief Maschka, zu einem Klumpen gekrümmt.

„Was sind das für Geschichten!“ flüsterte Matiza, indem sie grimmig ihre großen Augen rollte. „Die Kinder schlagen sie zu Krüppeln, die verdammten Bösewichte! Sich an kleinen Kindern zu vergreifen! Das die Erde sie verschlinge, die Schurken! . . .“

Ilja hörte ihr drohendes Flüstern, während er am Ofen stand und die in eine graue Hülle gewickelte zarte Gestalt der Schusterstochter betrachtete.

„Was soll mit dem armen Dinge werden? . . .“ ging's ihm durch den Kopf.

„Weißt du denn, daß der Kerl auch Maschka geschlagen hat?“ fuhr Matiza fort. „Am Zopf hat er sie gezerrt, der verfluchte Spitzbube, der alte Schnapsplanscher! Seinen Sohn hat er geprügelt und das Mädchen — und aus dem Hause will er beide jagen — weißt du schon, he? Wohin soll sie geh'n, die arme Waise? Wie?“

„Vielleicht kann ich ihr eine Stelle verschaffen . . .“ sprach nachdenklich Ilja, der sich erinnerte, daß Olympiada ein Stubenmädchen suchte.

„Du!“ flüsterte Matiza vorwurfsvoll. „Du kommst jetzt immer nur hierher wie ein großer Herr ... Du wächst ganz für dich, wie eine junge Eiche . . . gibst weder Schatten noch Eicheln . . . Hättest längst was für sie tun können . . . Tut dir denn das Kind nicht leid? . . .“

„So warte doch ab und zische nicht,“ sagte Ilja ärgerlich. Es war für ihn ein passender Vorwand, um sogleich zu Olympiada zu gehen, und er fragte Matiza: „Wie alt ist denn Maschutka?“

„Fünfzehn Jahre . . . Warum? Was tut ihr Alter zur Sache? Sie sieht aus, als ob sie noch nicht zwölf wäre — so zart und schmächtig ist sie . . . Ach Gott ja, das reine Kind ist sie noch! Zu nichts, zu nichts ist sie tauglich! Was soll sie im Leben? Am besten wär's, sie erwachte gar nicht mehr bis zum jüngsten Tage . . .“

Ein dumpfer Nebel erfüllte Iljas Kopf, als er die Mansarde verließ. Eine Stunde später stand er an der Tür von Olympiadas Wohnung und wartete, daß man ihm öffnen würde. Eine ganze Weile mußte er in der Kälte warten, bis endlich hinter der Tür eine dünne, mürrische Stimme fragte:

„Wer ist da?“

„Ich . . .“ antwortete Lunew, der nicht wußte, wer denn eigentlich fragte. Olympiadas Aufwärterin, eine pockennarbige plumpe Person, hatte eine grobe, laute Stimme und öffnete die Tür immer, ohne zu fragen.

„Zu wem wollen Sie?“ fragte die Stimme hinter der Tür von neuem.

„Ist Olympiada Danilowna zu Hause?“

Die Tür ging plötzlich auf, und in Iljas Gesicht fiel ein greller Lichtschimmer. Der Jüngling trat einen Schritt zurück, kniff die Augen zusammen und schaute betroffen nach der Türöffnung, als ob ihm das, was er da sah, als Täuschung erschiene.

Vor ihm stand, mit der Lampe in der Hand, ein kleines, altes Männchen in einem schweren, weiten, himbeerfarbigen Schlafrock. Der Schädel des Alten war fast ganz kahl, nur ein schmaler Kranz von grauen Haaren lief von einem Ohr zum andern, und am Kinn zitterte unruhig ein kurzer, dünner, gleichfalls grauer Bart. Er schaute auf Iljas Gesicht, und seine scharfen, grellen Augen blinzelten boshaft, während die dünn behaarte Oberlippe sich zuckend auf und ab bewegte. Auch die Lampe zuckte und zitterte in der dürren, dunklen Hand.

„Wer bist du denn? Na, so komm doch herein! . . .“ sagte der Alte. „Wer bist du?“

Ilja begriff, wer vor ihm stand. Er fühlte, daß das Blut ihm zu Kopfe stieg, während ein widerwärtiges Gefühl, aus Ekel und Empörung gemischt, sein Herz erfüllte. Das also war sein Nebenbuhler, der sich mit ihm in die Gunstbezeugungen dieses stattlichen, sauberen Weibes teilte . . .

„Ich bin — ein Hausierer . . .“ sprach er dumpf, indem er die Schwelle überschritt.

Der Alte blinzelte ihm mit dem linken Auge zu und lächelte. Seine Augenlider waren rot, entzündet, ohne Wimpern, und aus seinem Munde starrten statt der Zähne ein paar gelbe, spitze Knöchelchen.

„So so — ein Hausierer! He he! Was für ein Hausierer denn? He?“ fragte der Alte mit einem listigen Lächeln, indem er mit der Lampe in Iljas Gesicht hinüberleuchtete.

„Ich handle mit allerhand Kleinkram . . . mit Parfüm, mit Bändern . . . und so weiter“, sagte Ilja und senkte den Kopf. Ein Schwindel hatte ihn erfaßt, und rote Flecke tanzten vor seinen Augen.

„So . . . so . . . so! Mit Bändchen und Posamentchen! Ja, ja ja . . . Bändchen und feine Düftchen . . . Die verbessern das Lüftchen . . . Was willst du denn hier, mein lieber Hausierer? He?“

„Ich will zu Olympiada Danilowna . . .“

„Wi—i—ie? Zu ihr? Na, na . . . Was willst du denn von ihr he?“

„Ich . . . hab' noch Geld zu bekommen, für Ware . . .“ brachte Ilja mit Mühe heraus.

Er fühlte eine unbegreifliche Furcht vor diesem abscheulichen Alten und haßte ihn zugleich. In der leisen, dünnen Stimme des Alten wie in seinen boshaften Augen lag etwas, das sich in Iljas Herz hineinbohrte, ihn tief verletzte und demütigte.

„Geld bekommst du noch? Eine kleine Schuld? Schö—ön, mein Junge . . .“

Der Alte nahm plötzlich die Lampe von Iljes Gesicht fort, stellte sich auf die Fußspitzen, brachte sein gelbes, verwittertes Gesicht ganz nahe an Iljas Ohr und fragte ihn leise, mit einem listigen Lächeln:

„Und wo ist denn die Rechnung? Gib mal die Rechnung her!“

„Was für eine Rechnung?“ fragte Ilja, indem er erschrocken zurücktrat.

„Na, von deinem Herrn?! Die Rechnung für Olympiada Danilowna! Du hast sie doch mitgebracht? Gib sie mal her! Ich trag sie ihr hin . . . Na, nur rasch, rasch!“

Der Alte rückte Ilja förmlich zu Leibe, während dieser nach der Tür zurückwich. Es ward ihm vor Angst ganz trocken im Munde.

„Ich hab' doch gar keine Rechnung!“ sprach er laut und voll Verzweiflung; es war ihm, als ob im nächsten Augenblick etwas Schreckliches geschehen müßte.

(Fortsetzung folgt.)

für Ohlauer Tor: Amtszimmer der evangelischen Schule Nr. 24 Brockauer Straße 12.

Die schon im September angemeldeten Kinder werden einfach übertragen, so daß die Eltern dieser Kinder nicht mehr zu kommen brauchen. Bringt einen Impfschein mit und die genaue Nummer der jetzigen Schule.

Das Notgeld der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Werke verlor laut Aufdruck auf den Scheinen mit dem 20. November seine Gültigkeit. Wie die Kassenverwaltung der Werke mitteilt, werden die Scheine nach dem 20. November bei allen Breslauer Banken umgetauscht, allerdings muß der Tausch in den nächsten Tagen vorgenommen werden. Wer also noch im Besitz derartigen Notgeldes ist, tut gut, es sofort bei einer hiesigen Bank einzutauschen, da im öffentlichen Verkehr die Gültigkeitsfrist bereits abgelaufen ist.

Schon verweigerten am Dienstag verschiedene Banken in Breslau die Annahme der Notscheine. Heute dürfte es fast unmöglich sein, sie überhaupt noch loszuwerden. Die Arbeiter, die noch Linke-Hofmann-Notgeld haben, können sich die Beträge jetzt in den Schornstein schreiben. Denn sie hatten nicht Muße, bei dem Wust von Papierlappen, die heute als Geld im Umlauf sind, alle genau durchzustudieren, wann sie ungültig werden. Nun gehen schließlich viele Arbeiter ihres Geldes verlustig, die Scheine sind Papierstückchen, sonst nichts. Die Linke-Hofmann-Lauchhammer-Werke machen aber ein glänzendes Geschäft. — Die Arbeiter müssen sich das merken und das nächste Mal die Annahme der Notgeldlappen verweigern, wenn sie sich vor Schaden bewahren wollen.

Kommunistischer Hilfsdienst.

Für Freitag, den 24. November, kommen folgende Genossen zur Arbeit:

Oskar Werner, Gotthard Engel, Bruno Lorenz, Otto Schramm, Fritz Wilde, Paul Knappe.

Für Sonnabend, den 25. November, kommen folgende Genossen zur Arbeit:

Tscheuschner, Schönfelder, Paul Müller, Töpfer, Wagner, Gotthard Hoffmann, Funke, Robert Müller und die Genossin Marie Neumann.

Am Sonntag, den 26. November von 9—1 Uhr haben alle Distriktführer zum Subotnik zu erscheinen. Genossen, übt Disziplin.

Quittung.

Von einer Anzahl Genossen, die infolge Zeitmangel oder wegen einem anderen Wohnbezirk sich nicht an den Arbeiten des Kommunistischen Hilfsdienstes beteiligen können, wurden uns Geldbeträge zur Verfügung gestellt, über die wir hiermit quittieren:

Frisak, hier	1000.— Mk.
Philipp, „	25.— „
Ungenannt	32.50 „
Hertzel, Breslau	50.— „
Ungenannt	2.— „
Bede, Paul	300.— „
	1409.50 Mk.

Wir danken bestens für die Opferwilligkeit und hoffen, daß diese Beispiele Nachahmung finden.

Breslau, den 17. November 1922.

Produktiv-Genossenschaft
Zschocher.

Landeshut.

Die Stadtverordnetensitzung vom 16. 11. beschäftigte sich, wie schon so oft, mit den durch die Zeitverhältnisse erzwungenen Erhöhungen. So mußten die Bezüge des Standesbeamten, der Handarbeitslehrerin, der Nachtwachbeamten, der Laternenanzünder und der ruhegehaltsberechtigten städt. Arbeiter entsprechend aufgebessert werden. Bei der Beratung einer Beihilfe für die Kleinrentenfürsorge konnte festgestellt werden, daß die bürgerlichen Kreise sehr wenig praktisches Verständnis für die Notlage ihrer ehemaligen Klassengenossen bekunden. Der Einführung einer Ankündigungssteuer wurde zugestimmt; ausgenommen sind: Veranstaltungen mit wohltätigen Zwecken, berufliche und politische Versammlungen. Beschlossen wurde, 2 Zimmer der kath. Volksschule zur Abhaltung von Kursen usw. mit Gasbeleuchtung zu versehen. Der Überlassung von Baugelände an die Heimstättengesellschaft wurde zugestimmt. Die Bedingungen, loyal ausgelegt, können nicht ein Behinderungsgrund zur Bauausführung sein, vielmehr werden, wie Genosse Kühn sehr richtig ausführte, wirtschaftliche Gründe hemmend im Wege stehen. Dem Gesuch des Badeanstaltsbesitzers Seifenroth um Ermäßigung des Wassergeldes, wurde aus wirtschaftlichen und hygienischen Erwägungen zugestimmt. Hoffen wir, daß das so notwendige Unternehmen als Einziges am Orte, sich über die schwierigen Zeiten hält. Einer Verfügung der Regierung entsprechend stand ein Antrag betreffs höherer Eingruppierung der Lehrer am Realgymnasium zur Beratung. Das Realgymnasium mit seiner niedrigen Schülerzahl und den hohen Kosten, welche speziell in den höheren Klassen, wo bald nicht mehr Schüler sind als Lehrer entstehen, ist schon immer ein Schmerzenskind des Stadtsäckels gewesen. Dazu die Klasseneinteilung von Lehrern und Schülern, welche im Deutschnationalen Fahrwasser segeln und mit dem aus allgemeinen Mitteln erworbenen Wissen dann verächtlich auf den übrigen Teil der Bevölkerung blicken. Aus diesen und später noch anzuführenden Gründen stimmen unsere Genossen dagegen. (Die „Bergwacht" benutzt dies als Anlaß zu einer Kommunistenhetze. Sie scheint da den Deutschnationalen recht freundlich gesinnt zu sein. Zum Schluß brachten zwei Dringlichkeitsanträge durch das eigenartige Verhalten der Sozialdemokraten etwas Bewegung in die Sitzung. Der vom Elternbeirat der ev. Schule eingebrachte, vom Genossen Kühn übernommene Antrag zur Beschaffung von Schuhen für arme Kinder, sowie Bereitstellung von Mitteln zur Anschaffung von Schreibheften fand bei den Sozialdemokraten bis auf die Stadtverordneten Neumann und Konrad Brückner kein Verständnis. Ein Zeichen der Zeit, wie weit schon auf jener Seite das soziale Empfinden zum Teufel gegangen ist. Dieselbe Behandlung erfuhr der Antrag des Gewerkschaftskartells, vorbeugende Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen zu treffen. Dagegen versäumte man nicht, einem wiederholt als Reaktionär in Flugblättern und Bergwacht bezeichneten Magistratsmitglied offiziell zum Geburtstag zu gratulieren. Echt sozialdemokratisch!

Geibsdorf.

Ein Beispiel zur Wohnungsnot. Wie überall, so macht sich auch hier die Wohnungsnot sehr bemerkbar. Zwei Jahre und noch länger sind Arbeiter schon am Wohnungsamt Lauban angemeldet, ohne daß ihnen eine Wohnung angewiesen wird, die sie beziehen könnten. Wenn wirklich keine Wohnungen vorhanden wären, könnte man ja wenig dagegen sagen. Wir wollen aber den betreffenden Stellen einen Fingerzeig geben. Der Fabrikbesitzer Mattom könnte 2—3 Familien in seiner Villa bequem unterbringen. Das Wohnungsamt darauf aufmerksam gemacht, erklärt: Die Wohnungen wären wohl zu beziehen aber ein Arbeiter ist nicht imstande, die hohe Miete aufzubringen (!) die Herr Mattom beanspruchen würde. Der Bauergutsbesitzer G. Heim hat ein Gesindehaus seit einem Jahr völlig leer stehen. Bis dahin hat eine Beamtenfamilie aus Oberschlesien darin gewohnt. Ursache des Nichtvermietens? Es muß geheizt werden. Julius Heim auf dem Mühlsteinweg, kinderlos, bewohnt ein Haus mit 8 schönen Zimmern. Grund des Nichtvermietens: Es ist kein Ofen drin. Der Rentier Bachmann bewohnt mit seiner Frau allein eine schöne Villa. Schuhmachermeister Barbe, Wirtschaftsbesitzer Hansbach und noch viele könnte man aufzählen, die Wohnungsräume abgeben könnten.

Den Vogel schießt ohne weiteres der Fleischermeister Herbst in Lichtenau ab. Bei H. wohnte immer eine Bergmannsfamilie. Im Sommer mußte dieselbe wegen Umbau ausziehen. Nun hat Herbst einen Stock höher gebaut, also sein Haus bedeutend vergrößert. Anstatt nun 2 Familien unterzubringen, läßt man den Herrn allein im Hause wohnen. Nun ist kein Platz mehr. Und das geschieht alles trotz der bitteren Wohnungsnot! Arbeiter, die Augen auf. Lauft Sturm gegen das System! Ihr habt ein Recht zu leben und zu wohnen, und nicht nur die Pflicht zu arbeiten!

Genossin! / Genosse!

Hat deine Ortsgruppe zum **Frauenkursus** eine

Delegierte

geschickt? Ist dies nicht der Fall, so sorge auch als einfaches Parteimitglied für die Pflichterfüllung deiner Ortsgruppe.

K ★ P ★ D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung:

Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 8887. Adresse: Alfred Oelßner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postscheckkonto Breslau 58864, Alfred Oelßner

Agitationskreis Breslau.
Kreisleiter: Sylvester Koffanke Breslau.

Oeffentlicher Bildungsabend. Sonntag, den 26. November, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der Viktoriaschule, Blücherstraße 9/13. Genosse Dittmar spricht über das Thema: „Religion und Kommunismus." Alle Parteigenossen mit Frauen und erwachsenen Kindern, die K. J. und alle auswärtigen Genossen der Umgegend Breslaus sind herzlichst willkommen. Sympathisierende mitbringen.

Distrikte 12, 13, 14, 15. Freitag, den 24. November 1922, Abteilungsversammlung im Distriktslokal Zobtenstraße 26. Referent anwesend. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Bezirk West. Umfassend die Distrikte 2, 3, 4 und 5. Am Sonntag, den 26. November, 9½ Uhr vormittags, findet bei Fritz Hilbig, Fischergasse 24, eine außerordentliche Abteilungsversammlung statt. Thema: „Was bringt uns die nächste Zeit?" Referent anwesend. Distriktsführer und Hauptkassierer erscheinen bereits um 9 Uhr.

Agitationskreis Striegau.
Kreisleiter: August Neimann Striegau

Königszelt. Sonnabend, den 25. November, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof zum Friedrichsdenkmal (Vereinszimmer). Kommunistische Jugend und sympathisierende Jugendgenossen sind dazu besonders eingeladen. Vollzähliges Erscheinen ist kommunistische Pflicht.

Agitationskreis Langenbielau.
Kreisleiter: Franz Reichel Langenbielau.

Neurode. Sonntag, den 26. November, vormittags 10 Uhr in Hausdorf, Oeffentl. Volksversammlung. Vorbereitungstrupp Abmarsch Sonnabend nachm. 3 Uhr „Weißer Bock". Agitationstrupp Abmarsch Sonntag früh 6 Uhr vom „Weißen Bock". Genossen auf zur Arbeit. Zeitungen mitbringen. Lokal wird bekanntgegeben.

Peterswaldau und **Langenbielau.** Agitationstrupp Treffpunkt Sonntag früh 8 Uhr Zimmermannsbaude. Zeitungen mitbringen. Lokal wird bekanntgegeben.

Agitationskreis Waldenburg.

Oberes und unteres Revier.

Fürstensteiner Gruben! Sonntag, den 26. November, nachmittags 2 Uhr, findet im Schützenhaus in Waldenburg eine Fraktionssitzung der Kommunisten der Fürstensteiner Gruben statt. Die wirtschaftliche und politische Lage erfordert, daß jeder Genosse erscheint. Jeder muß den Genossen, mit dem er arbeitet, darauf hinweisen und mitbringen. Die Aufgaben sind groß.

Agitationskreis Waldenburg.
Kreisleiter: Vinzenz Mowra Ober-Hermsdorf.

Oberes Revier.

Alt-Lässig. Sonntag, den 26. November, Generalversammlung in Böhms Brauerei, nachm. 4 Uhr. Pflicht eines jeden Genossen ist, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Erweiterung des Kontrollausschusses.

Fellhammer. Am Sonntag, den 26. November, nachm. 1 Uhr, findet eine große öffentliche Volksversammlung statt, wozu alle Einwohner von Fellhammer erscheinen müssen, da es sich um eine örtliche Angelegenheit handelt. Thema: Wacht auf, Verdammte dieser Erde. Ein tüchtiger Referent von der Bezirksleitung wird anwesend sein.

Ober-Hermsdorf. Sonntag, den 26. November, vormittags 9 Uhr, bei Elter, Mitgliederversammlung. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung müssen alle Genossen pünktlich erscheinen. Auch Zeitungsleser und Sympathisierende sind willkommen. Funktionäre sowie alle diejenigen Genossen, die noch Sammellisten zum Abrechnen haben, müssen ½ Stunde früher erscheinen.

Agitationskreis Waldenburg.
Kreisleiter: Köhler Altwasser.

Unteres Revier.

Dittersbach-Bärengrund. Sonntag, den 26. November, vormittags 9 Uhr, Zahlstellenversammlung. Alle Genossen, die zu der Zahlstelle Bärengrund gehören, müssen unbedingt erscheinen. Gleichzeitig werden alle Sympathisierenden und Zeitungsleser auf diese Zahlstellenversammlung aufmerksam gemacht.

Kommunistische Jugend.
Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postscheckkonto: Breslau 675 95 Max Gläser.

Achtung! Ortsgruppen! Die Konferenz der Bildungsobleute der K. J. findet aus technischen Gründen nicht Sonntag, den 26. d. Mts. sondern erst Sonntag, den 3. Dezember in Waldenburg statt. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Agitationskreis Breslau.
Kreisleiter: Gotthard Hoffmann Breslau, Alsenstraße 80

Breslau. Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr, wichtige Funktionärversammlung im Minoritenhof. Jeder Funktionär sowie Zehnergruppenführer muß erscheinen.

Heim Lenin. Sämtl. Funktionäre des Heim „Lenin" treffen sich Sonnabend, abends 6½ Uhr, im Parteibüro. Alles Material ist mitzubringen.

Heim Liebknecht. Sonntag, den 26. November, Wanderung nach Margareth. Treffpunkt 7 Uhr früh an der Kaiserbrücke. Die Genossen der anderen Heime sind herzlich eingeladen. Bei schlechtem Wetter fällt die Wanderung aus.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Hartsch; Inserate Max Zschocher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus.
46 - Operettenbühne. Telefon R. 2585
Freitag 7½ Uhr:
Ein Walzertraum
Sonnabend 7½ Uhr
zum 1 Male:
Die Königin von Montmartre
Sonnt. nachm. 3½ Uhr
Das Dreimäderlhaus
Sonntag 7½ Uhr:
Die Königin von Montmartre

Achtung!
Wo ?
kauft man neue und gebrauchte
Möbel
sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten
Bei H. Klinge
Neumarkt 12, I.

Anzüge
fertig und nach Maß
nur eigene Anfertigung
Paul Winkler
Neue Graupenstraße

Gelegenheitskauf
Billig Pelzmäntel
Anzüge, Mäntel, gebr. Herr.- u. Dam.-Uhren
verkauft billigst
Brüll & Co.
Matthiasstr. 88.

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9
3 Sensationen!
Mit gütig. Erlaubnis d. Schauburg-A.-G.
Persönliches Auftreten
Paul Rainer
mit Einlagen aus der Revue „Schön sehn wir aus"
Asphaltrosen
Sensations-Sittenfilm 5 Akte.
Der Mann mit den Geieraugen
7 Akte
Er steigt nach
Lustspiel.

Zuckerkarten-Ausgabe.
Von Montag, den 27. November 1922 bis Sonnabend, den 2. Dezember 1922 werden ausgegeben:
Zuckerkarten für die Zeit vom 1. Dezember 1922 bis zum 31. März 1923
Ausgabezeit von 8—2 Uhr. Näheres an den Anschlagsäulen.
Der Magistrat — Stadtverteilungsstelle.

Soeben neu erschienen:
Das freie Land!
Kommunistischer Bauern-Kalender für das Jahr 1923
mit 2 Kunstbeilagen und 1 Wandkalender
Preis 100.— Mark
Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50

Genosse! Werbe für dein Partei-Organ!

RÄTE-RUSSLAND
In Kürze erscheint:
L. TROTZKI:
Die russische Revolution 1905
A. R. WILLIAMS:
Durch die russische Revolution 1917/1918
Preise werden bei Erscheinen bekanntgegeben, Vorausbestellungen erwünscht
Früher erschien:
N. LENIN:
Staat und Revolution
Preis 1,— M. Organisations-Ausgabe 0.40 M.
L. TROTZKI:
Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Frieden
Preis 1,— M. Organisations-Ausgabe 0.75 M.
N. BUCHARIN:
Vom Sturze des Zarismus bis zum Sturze der Bourgeoisie
Preis 1.50 M. Organisations-Ausgabe 1,— M.
A. LOSOWSKI:
Die Gewerkschaftsbewegung in Sowjet-Rußland
Preis 0.20 M. Organisations-Ausgabe 0.10 M.
Schlüsselzahl (Multiplikator) z. Zt.: 150,
für die Organisations-Ausgabe z. Zt.: 120.
VEREINIGUNG INTERNATIONALER VERLAGS-ANSTALTEN G. M. B. H.
BERLIN SW 61, PLANUFER 17
Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, Breslau, Nikolaistr. 49 50, Abtl. Buchhandlung.